

„Europa als Option“

Jeder Bürger kann sich in Europa Gehör verschaffen, sagt der CDU-Europaabgeordnete Professor Hans-Peter Mayer (Vechta).

Von Horst Suermann

swz: Wenn das große Europa sich um die kleinen Probleme seiner Bürger kümmert – von welcher Qualität müssen dann diese Probleme sein?

Mayer: Da kann es sich beispielsweise um die europaweite Anerkennung eines Diploms handeln oder um Aufenthaltsrechte, die verweigert werden. Der Petitionsaus-



schuss des Europaparlaments ist dafür da, Bürger-Anliegen gründlich zu erforschen und einzugreifen, wenn der eigentliche Rechtsweg im Lande ausgeschöpft ist und sich jemand immer noch unrechtmä-

ßig behandelt fühlt.

swz: Und wenn mir der allgemeine Lauf der Dinge nicht passt, wende ich mich an den Abgeordneten...

Mayer: ...oder bei Auskünften, etwa nach Fördermitteln. Solche Fragen kann der Abgeordnete schriftlich oder mündlich stellen, und dann wird die Kommission entsprechend antworten.

swz: „Subsidiarität“ heißt das Schlagwort in Europa, Aufgabenverlagerung nach unten. Ist dieses Prinzip hier auf den Kopf gestellt?

Mayer: Nein, überhaupt nicht. Und bei vielen Fragen kommt auch tatsächlich heraus, dass es sich nicht um ein europäisches Problem handelt. In der Tat sollte man „unten“ anfangen, wenn man

sein Recht sucht; Europa bleibt dann als Option.

swz: Freie Fahrt für Querulanten?

Mayer: „Querulanten ausschuss“ – so habe ich auch anfangs gedacht; dem ist aber nicht so. Tatsächlich wird jede Eingabe zunächst daraufhin geprüft, ob sie wirklich ein europäisches Problem betrifft. Wenn jemand klagte, dass ihm die Stadt Vechta eine Baugenehmigung verweigere – dann ginge das mit einem freundlichen Schreiben zurück, weil Europa nicht zuständig ist. Interessant ist, dass etwa zwei Drittel der Eingaben, die europäisches Recht betreffen, zugunsten der Potenten ausgehen.

swz: Bei Eingaben aus dem Oldenburger Land ging es un-

ter anderem um Fördermittel für den Hafen in Wilhelmshaven und um Gesetze zur Begrenzung des Anteils erneuerbarer Energien beim Strom; was ist dabei herausgekommen?

Mayer: Solche Eingaben wie die zur Windkraft werden sofort angenommen, weil alternative Energien europäisch gefördert werden; die läuft zurzeit noch, genauso wie die zur möglichen Förderung in Wilhelmshaven. Diese Anfrage wird aber wohl schon im Vorfeld enden, weil Tiefseehäfen im Rahmen des europäischen Netzwerkes grundsätzlich förderfähig sind und es nur darauf ankommt, ob das Land den Hafen als förderfähig erachtet oder nicht.